

1 Kommunalwahlprogramm 2019

2 DIE LINKE. Saalekreis

3

4 **Präambel**

5

6 Am 26. Mai 2019 finden in Sachsen-Anhalt die Kommunal- und Europawahlen statt. Europa und
7 Kommune trennen keineswegs Welten, sie liegen dicht beieinander. Entscheidungen auf beiden
8 Ebenen betreffen viele Menschen direkt vor Ort und in ihrem Alltag; ob europäische Fördergelder in
9 Sportstätten für Menschen oder in Betonwüsten für Großunternehmen fließen; ob bei
10 Ausschreibungen nur der billigste Anbieter berücksichtigt wird oder soziale und ökologische
11 Erwägungen eine Rolle spielen; ob selbst die Trinkwasserversorgung privatisiert oder kommunale
12 Unternehmen gestärkt werden: Darüber wird sowohl im Stadtrat als auch im Europaparlament
13 entschieden. Kommunal und europäisch gilt: Eine Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für
14 sozialere Politik im Ort.

15

16 Für DIE LINKE ist Kommunalpolitik das Rückgrat jeder politischen Arbeit. Aber chronisch klamme
17 Kassen und immer neue Aufgaben, die von Bund und Ländern auf die Kommunen abgewälzt
18 werden, stellen uns vor große Herausforderungen. In unserer politischen Arbeit stoßen wir häufig an
19 die Grenzen der Zuständigkeit der Kommunalvertretungen. Oft lassen sich drängende Probleme vor
20 Ort nur in den allzu eng bemessenen Spielräumen angehen, die von höheren politischen Ebenen
21 vorgegeben werden. Gleichzeitig kann es für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft
22 entscheidend sein, wie diese Spielräume genutzt werden. Wenn kommunale Haushalte nicht über
23 höhere Kita-Beiträge, weniger Vereinsförderung und schlechtere Busverbindungen saniert werden,
24 entscheidet das für viele Menschen darüber, ob sie ein schönes Leben haben oder nicht. Über
25 solche wichtigen Alltagsfragen im Sinne der Menschen zu entscheiden, ist Kernanliegen linker
26 Kommunalpolitik.

27

28 Dabei wollen wir nicht über die Bürgerinnen und Bürger hinweg entscheiden, was gut für sie ist,
29 sondern sie einbinden und ihnen die Möglichkeit geben, selbst zu gestalten und selbst zu
30 bestimmen. Diese Bürgernähe ist die Stärke unserer Kommunalpolitik.

31

32 **Bildung**

33

34 Die Organisation eines Netzes von wohnortnahen und gut ausgestatteten Schulen ist eine der
35 wesentlichen Aufgaben für die Landkreise, Städte und Gemeinden als kommunale Schulträger.

36 Wesentlich sind die Erreichbarkeit und ein Schülerbeförderungssystem, das Schulwegzeiten
37 minimiert.

38 DIE LINKE setzt sich für den Erhalt der heute bestehenden Schulstandorte und die bedarfsgerechte
39 Erweiterung des Schulnetzes ein. Zur besseren Auslastung sind die Festlegung und Änderung der
40 Einzugsbereiche geeignete Maßnahmen. Langfristige Schulentwicklungsplanung sollte dazu dienen,
41 eine frühzeitige Planung von Ersatz-, Neu- und Erweiterungsbauten durchzuführen. In den
42 Haushalten sind kontinuierliche Mittel einzuplanen, um einen angemessenen Zustand der
43 Schulgebäude und Schulanlagen einschließlich der Turnhallen und Sportplätze sowie ausreichende
44 Kapazitäten an Schwimmhallen zu gewährleisten. Für die Verbesserung des Bildungserfolgs und
45 gleiche Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen ist längeres gemeinsames Lernen eine
46 entscheidende Voraussetzung. Deshalb setzen wir uns für die Umwandlung in
47 Gemeinschaftsschulen ein. Dabei ist es notwendig, vor allem dem ländlichen Bereich
48 Unterstützung zukommen zu lassen. Die Beteiligung der Schulen und ihrer verschiedenen
49 VertreterInnen an Entscheidungen über die schulischen Rahmenbedingungen haben großes
50 Potenzial für die Verbesserung des Schulklimas. Deshalb setzen wir uns ein, dass die SprecherInnen
51 von Stadt- und Kreisschülerräten und die Vorsitzenden von Stadt- und Kreiselternräten mit
52 beratender Stimme an den Sitzungen der für das Schulwesen zuständigen Fachausschüsse
53 teilnehmen können und die auf der Ebene der Kommunen gebildeten Schüler- und
54 Elternvertretungen an allen Schulträgerentscheidungen zur Schulentwicklungsplanung und zu den
55 Investitionsentscheidungen rechtzeitig und umfassend beteiligt werden.

56

57 **Öffentliche Sicherheit**

58

59 Öffentliche Sicherheit bedeutet neben dem selbstverständlichen Schutz vor Kriminalität auch den
60 Schutz des Einzelnen und der Öffentlichkeit vor unverhältnismäßigen staatlichen Eingriffen in
61 BürgerInnenrechte.

62 Öffentliche Sicherheit bedeutet also, Demokratie und Freiheitsrechte zu stärken, statt sie unter
63 bewusster oder unbewusster Ausnutzung der Sorgen und Ängste der Menschen immer weiter
64 einzuschränken. Dies gilt gerade auch in schwierigen Zeiten oder Krisen. Öffentliche Sicherheit
65 bedeutet auch, dass für Menschen unterschiedlichster Herkunft und Kultur gleiche politische und

66 soziale Rechte und gleicher Schutz vor staatlichen Eingriffen gelten muss. Die Neukonzeption einer
67 Integrationspolitik sowie Förderung und Neuentwicklung antirassistischer und antifaschistischer
68 Initiativen sind für DIE LINKE unverzichtbare Elemente einer Stärkung der öffentlichen Sicherheit.
69 Sie gehören zu einer Gesellschaft, in der mit Zivilcourage und Entschlossenheit für Demokratie,
70 Gleichheit und Freiheit eingetreten werden kann.

71

72 **Demokratie lebt von Beteiligung**

73

74 Die mit den Gebietsreformen einhergehende Vergrößerung der Gemeinden entfernte die
75 Gemeindevertretungen auch von ihren BürgerInnen. Wir halten es daher für notwendig, neben Kreis-
76 und Gemeinderäten auch ein flächendeckendes System von Ortschafts- bzw. Stadtteilräten zu
77 errichten. Den Ortschaftsräten sind tatsächliche Zuständigkeiten und ein daran gebundenes
78 eigenes Budget von den Stadt- oder Gemeinderäten zuzuordnen.

79 Nicht alle EinwohnerInnen einer Stadt haben die gleiche Möglichkeit, in den kommunalen
80 Vertretungen, dem Stadt-, Gemeinde- oder Ortschaftsrat ihre Fragen und Sorgen vorzutragen oder
81 auch ihrem Ärger einmal Luft zu machen. Die Errichtung von Jugend-, Senioren- oder
82 Ausländerbeiräten kann diese Lücke schließen helfen.

83 Diese Maßnahmen können aber nicht die direktdemokratischen Beteiligungsformen wie
84 Einwohneranträge oder Bürgerbegehren ersetzen. Ideen wie der »Bürgerhaushalt« verbinden den
85 direkten Einfluss der BürgerInnen auf die Verwendung von Haushaltsmitteln und die anschließende
86 Bewertung durch die Erfahrung und das Wissen der KommunalpolitikerInnen.

87

88 **Was öffentlich ist, muss öffentlich bleiben!**

89

90 Die Privatisierung galt lange als Königsweg, um die tatsächliche, finanzielle Schwäche der
91 Kommunen mit der Argumentation der Entlastung und Effizienzsteigerung zu begründen. DIE LINKE
92 hat diese Prozesse immer kritisch begleitet. Eine Privatisierung im Bereich der kommunalen
93 Versorgung bedeutet immer auch Verlust an Einfluss und Gestaltungsspielraum. Der Saalekreis hat
94 noch heute wichtige öffentliche Dienstleistungen in eigener Hand, so etwa die Müllabfuhr und das
95 Basedow-Klinikum sowie Teile des öffentlichen Personennahverkehrs. Von einer generellen
96 Trendwende hin zur Rekommunalisierung kann indes noch nicht die Rede sein.

97 Kommunale Unternehmen können sehr wohl wirtschaftlich arbeiten und damit die EinwohnerInnen
98 entlasten und gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der kommunalen Haushalte
99 leisten.

100

101 **Erinnern heißt handeln**

102

103 Erst die Bewusstmachung von Geschichte durch Erinnerung lässt den Menschen die Gegenwart und
104 seinen Platz darin verstehen. Erinnern und Mahnen ist für DIE LINKE Selbstverständnis und zentrale
105 Aufgabe zugleich. Zunehmend wichtiger wird es in Zukunft sein, neben dem Gedenken auch
106 Schlussfolgerungen aus der Geschichte zu verteidigen und weiterzuvermitteln.

107 Erinnerungskultur kann gerade wegen ihrer großen gesellschaftlichen Bedeutung niemals politisch
108 neutral sein. Sie spiegelt, unbewusst oder in gezielter Absicht, immer auch die Einstellungen jener
109 Menschen wider, die öffentlich erinnern wollen. Es gilt, dem verfälschenden Missbrauch von
110 Geschichte entgegenzutreten, aber auch mit der eigenen Voreingenommenheit offen umzugehen.

111 DIE LINKE stellt sich in die Tradition der internationalen Arbeiter- und Friedensbewegung und an die
112 Seite all jener, die Unrecht erfahren haben. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt daher der
113 wechselvollen Geschichte dieser Bewegungen einerseits, den Verbrechen von Nationalismus,
114 Rassismus und Intoleranz in allen Epochen andererseits.

115 Die DDR ist ein Teil unserer Geschichte. An ihre Erfolge, aber auch ihr Unrecht, zu erinnern und
116 daraus Lehren zu ziehen, sehen wir als eine an unsere Partei fest gebundene Pflicht an.

117

118 **Gleichstellungspolitik**

119

120 Unterdessen gibt es Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte in vielen Kommunen. Jedoch sind diese
121 Stellen zumeist nicht ausreichend besetzt. Um tatsächliche Gleichberechtigung zu erreichen, bedarf
122 es deutlich mehr Engagement und nach wie vor mehr gesellschaftliche Akzeptanz. Als

123 AnsprechpartnerIn in allen Fragen der Gleichstellung muss mit Ämtern und Dezernaten kooperieren
124 werden, sie sind gesetzlich an allen Vorstellungsgesprächen zu beteiligen und sollen

125 verwaltungsintern geschlechtergerechtes Handeln unterstützen. Wir setzen uns im Landkreis für
126 den Ausbau und die Verbesserung von frauen- und Mädchenspezifischen Angeboten ein. Darüber

127 hinaus müssen die Gleichstellungsbeauftragten AnsprechpartnerIn für Frauen, Mädchen,

128 Unternehmen u. v. m. sein und Kontakt zu Beratungsstellen und Ämtern vermitteln. Sie organisieren
129 Veranstaltungen, initiieren Kampagnen und müssen lokal und regional gut vernetzt sein.

130 Gleichstellung umfasst alle Menschen, unabhängig des Geschlechtes, der religiösen Zugehörigkeit
131 oder der geschlechtlichen Orientierung, so auch Kinder, SeniorInnen und Menschen mit
132 Beeinträchtigungen.

133

134 **Wohnen ist ein Menschenrecht**

135

136 Wohnen ist und bleibt ein unverzichtbares Menschenrecht. Deshalb tritt DIE LINKE konsequent für
137 den Erhalt und den Ausbau kommunalen Wohnungseigentums sowie für ein ausreichendes Angebot
138 an sozialgebundenem Wohnraum ein. Menschen in schwierigen sozialen Situationen dürfen nicht
139 noch räumlich isoliert werden. Daher wollen wir alle Möglichkeiten auf kommunaler Ebene nutzen,
140 soziale Stadtplanung zu betreiben, um soziale Brennpunkte zu entspannen und ihrem Entstehen
141 entgegenzuwirken. Ziel ist es, ein ausgewogenes Verhältnis von kommunalen, genossenschaftlichen
142 und privaten Wohnungsangeboten sicherzustellen. Schwerpunkt unserer Wohnungspolitik ist die
143 Bereitstellung bezahlbarer und barrierefreier Wohnungen und die optimale Ausnutzung kommunaler
144 Flächen für die Schaffung von bedarfsgerechtem Wohnraum. Der Wohnungsbau muss sich an den
145 gegenwärtigen, künftigen und generationsübergreifenden Bedürfnissen und Erfordernissen
146 orientieren. Die LINKE setzt sich für eine weitere kinder- und altengerechte Entwicklung der
147 Stadtteile, für ihre hohe Wohn- und Lebensqualität sowie ein Mehr an Grün- und Erholungsflächen
148 ein.

149 Denkmalschutz ist eine wichtige kommunale Aufgabe. Wir treten für den Erhalt denkmalgeschützter
150 Bausubstanz sowie ihre Wiederherstellung als Teil der Baukultur ein.

151

152 DIE LINKE bevorzugt die Möglichkeit des Erbbaurechtes, um kommunale Flächen im Eigentum der
153 Kommune zu halten. Auch im Saalekreis lässt sich vermehrt beobachten, dass kommunale
154 Grundstücke, um die Liquidität der Kommune kurzfristig zu erhöhen, an private Investoren
155 veräußert werden. Nicht selten werden diese Grundstücke anschließend durch die neuen
156 BesitzerInnen im Erbbaurecht verpachtet. Mit weitsichtiger Politik hat dies nichts zu tun.

157

158 **Umwelt, Energie und Klimaschutz**

159

160 Unser Landkreis hat vielfältige, interessante Landschaften zu bieten. Es seien nur das Saaletal, die
161 »Brachwitzer Alpen«, der Ziegelrodaer Forst, Orchideenhänge oder die neu entstandenen Seen im
162 Geiseltal und bei Wallendorf genannt. Der Schutz unserer Landschafts- und Naturschutzgebiete

163 bleibt eine wichtige Aufgabe. DIE LINKE wird aber auch immer die Belange der dort lebenden
164 Menschen im Auge behalten. Wir setzen uns in den Kommunen für die Revitalisierung von Brachen,
165 den Erhalt von Grünflächen, Alleen, Parks und Kleingärten ein. Bei der Vergabe von Aufträgen
166 müssen die Entscheidungsspielräume für umweltverträgliche, nachhaltige und energiesparende
167 Lösungen ausgeschöpft werden.

168 Wetterextreme sind auch in unserem Landkreis spürbar. Stürme, Hitze, Dürre oder Starkregen
169 bringen Gefahren für die EinwohnerInnen sowie die Infrastruktur. Viele Kommunen im Kreis haben
170 Erfahrungen mit Hochwasserereignissen gemacht und dringen auf Hochwasserschutz. Wir sehen
171 aber nicht allein in technischen Maßnahmen wie Deicherhöhungen, sondern in der Vorbeugung die
172 Lösung. Keine Flächenversiegelung und Bauten in Gewässernähe sowie Grabeninstandhaltung
173 gehören dazu, genau wie die Verständigung mit Land- und Forstwirten über Schutzstreifen und
174 Bewirtschaftungsformen.

175 Die Städte und Gemeinden sind wichtige Akteure, wenn es um Nutzung erneuerbarer Energien und
176 Klimaschutz geht. Wir wollen, dass öffentliche Einrichtungen noch mehr zum Vorbild bei der
177 Nutzung erneuerbarer Energien werden. Kommunale Stadtwerke sind dabei wichtige Partner. Sie
178 können Bürgerenergie- und Mieterstromprojekte unterstützen und so die Nutzung von Dachflächen
179 zur Energiegewinnung voranbringen oder andere Varianten regionaler Energieerzeugung
180 unterstützen.

181

182 **Volle Arztpraxen, weite Wege und lange Wartezeiten**

183

184 Eine gute medizinische Versorgung ist für alle BürgerInnen ein ganz wichtiger Teil der
185 Daseinsvorsorge und Lebensqualität in den Kommunen. Doch auch im Saalekreis ist gerade in den
186 ländlichen Regionen die Unterversorgung mit Ärzten verschiedenster Fachrichtungen spürbar. Das
187 zeigt sich in langen Wartezeiten auf Termine, vollen Praxen, weiteren Wege, besonders zu
188 Fachärzten, und der Nichtaufnahme neuer Patientinnen und Patienten.

189 Dieser Versorgungsmangel ist ein Ausdruck der Vernachlässigung der ländlichen Regionen
190 hinsichtlich der strukturpolitischen Entscheidungen der vergangenen Jahre. Verantwortlich dafür
191 sind sowohl der Bund als auch die Landesregierung, Kommunen haben darauf leider kaum Einfluss.
192 DIE LINKE im Saalekreis wird sich dafür einsetzen, dass sich das Klinikum »Carl-von-Basedow« in
193 Merseburg und Querfurt weiter in kommunaler Hand entwickeln kann. Auch das medizinische
194 Versorgungszentrum in Merseburg, das eng mit dem Klinikum kooperiert, soll sich weiter
195 entwickeln und so zu einer stabilen ärztlichen Versorgung beitragen.

196 Wir unterstützen Projekte, die das Modell »Gemeindeschwester« in verschiedenster Form wieder
197 einführen wollen und die Einrichtung von Zweitpraxen. Hier können Kommunen durch Bereitstellung
198 von Räumen helfen. Auch telemedizinische Anwendungen können eine sinnvolle Ergänzung des
199 Angebotes sein.

200 Es bleibt aber dabei: Das persönliche Gespräch, der direkte Kontakt und selbstverständlich auch
201 die persönliche Behandlung müssen für jeden, der es wünscht, die Basis der ärztlichen Versorgung
202 bleiben.

203

204 **Danke! Ehrenfrau, Ehrenmann, Ehrenamt**

205

206 Ehrenamtliches Engagement ist ein wesentliches Merkmal unseres sozialen und demokratischen
207 Zusammenlebens. Es hat seinen Ursprung in der Identifikation der Menschen mit ihrer Gemeinde,
208 ihrer Stadt und ihrem Landkreis und fördert den sozialen Zusammenhalt. Für uns ist es ein
209 wichtiges Anliegen, dass das Ehrenamt und das bürgerschaftliche Engagement nicht zum
210 Wirtschaftsfaktor degradiert werden, sondern als Ressource unserer Demokratie bewahrt bleiben.

211 Auch die Kommunalpolitik wird ehrenamtlich geleistet, doch nicht nur sie! Ehrenamtliches
212 Engagement übernimmt an einigen Stellen bereits heute die eigentlichen Aufgaben und Pflichten
213 der Kommunen, Länder und des Bundes. DIE LINKE unterstützt das Ehrenamt. Vereine brauchen
214 Luft zum Atmen: kostengünstige Nutzungsentgelte, Unterstützung bei der Finanzierung von
215 Investitionen und Aufwandsentschädigungen.

216 Wir ziehen den Hut vor allen, die sich ehrenamtlich in unseren Kommunen engagieren. Sie
217 bereichern das Zusammenleben vor Ort wie kaum etwas anderes. Wir setzen uns für die finanzielle
218 und materielle Unterstützung ein. Und nicht zuletzt sagen wir: »Danke«!

219

220 **Kultur**

221

222 Kultur ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. DIE LINKE im Saalekreis setzt sich für eine sichere
223 finanzielle und personelle Basis und langfristige Planungssicherheit für Archive, Bibliotheken, Kinos,
224 Museen, Musik- und Kunstschulen, Chören, kulturellen Veranstaltungen und soziokulturellen
225 Zentren, Theater, Tanz, Volkshochschulen und die vielfältigen Vereine ein. Allerdings kommen wir
226 nicht umhin, neue Wege zu gehen und neue Möglichkeiten zu nutzen, um die Attraktivität unserer
227 Bibliotheken oder soziokulturellen Zentren zu erhöhen. Bei allen kulturellen Angeboten und
228 Projekten muss die Nachhaltigkeit, wie beispielsweise langfristige Nutzungskonzepte,

229 entscheidungsrelevant sein. Die Bezahlbarkeit und die Möglichkeit der Nutzung durch alle
230 EinwohnerInnen der Kommune ist uns wichtig. Eine kommunale Haushaltsnotlage darf nicht zur
231 Schließung von Kultureinrichtungen führen.

232 Kultur ist eine »freiwillige« kommunale Aufgabe, für DIE LINKE ist Sie selbstverständlich und Pflicht.

233

234 **Digitalisierung**

235

236 Digitalisierung ist in aller Munde. Der Saalekreis jedoch ist an vielen Stellen nicht zukunftsfähig an
237 die digitale Infrastruktur angeschlossen. Die derzeitigen Ausbaumaßnahmen sind technisch bereits
238 veraltet, bevor sie bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommen. Ein Internetanschluss ist ein
239 Anfang, aber zu einer echten Zugangsgerechtigkeit gehört auch, die Menschen zur Nutzung zu
240 befähigen und innovative Dienstleistungen anzubieten. In dieser Beziehung kann man im Saalekreis
241 getrost von digitalem Mittelalter sprechen.

242 Mit einer durchdachten digitalen Struktur kann die Teilhabe an kommunalen Prozessen, die
243 Transparenz einzelner Entscheidungen, die vielschichtige Zusammenarbeit wie auch die Effizienz
244 der Verwaltungsarbeit verbessert werden.

245 Was in der analogen Welt die Begriffe Demokratie, Verwaltung und Bürgerbeteiligung sind, sind in
246 der digitalen »E-Demokratie«, »E-Government« und »E-Partizipation«. Beispiele für die E-Partizipation
247 sind Beteiligungshaushalte, bei denen BürgerInnen über Teile der Haushaltsmittel mitentscheiden
248 können, interaktive Bauleitplanungen oder themenbezogene Internetdiskurse.

249 Voraussetzung für innovative digitale Dienstleistungen und Beteiligungsmöglichkeiten in unseren
250 Kommunen ist eine moderne digitale Verwaltung. Bis heute jedoch haben viele Verwaltungen die
251 Notwendigkeit und die Möglichkeiten einer digitalen Verwaltung nicht erkannt. DIE LINKE wird
252 darauf drängen, diese Themen endlich auf die Tagesordnung zu setzen.

253

254 **Mobilität und Radverkehr**

255

256 Die Gewährleistung der Mobilität für alle BürgerInnen ist eine Aufgabe der öffentlichen
257 Daseinsvorsorge. Dies ist umso wichtiger angesichts der immer stärker zutage tretenden Probleme
258 des demografischen Wandels in den ländlichen Regionen. Eine wesentliche Säule bleibt der
259 öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV). Er wird nur dann besser ausgelastet, wenn er attraktiver
260 ist: ein flächendeckendes Verkehrsangebot mit Bus und Bahn, welches zuverlässig, in kurzen
261 Taktzeiten und barrierefrei genutzt werden kann.

262 Fahrpreiserhöhungen und Streckenstilllegungen müssen gestoppt werden. DIE LINKE setzt sich für
263 einen unentgeltlichen ÖPNV ein. Bis dieses Ziel erreicht ist, setzen wir uns für sozial verträglichen,
264 bezahlbaren ÖPNV sowie den weiteren Ausbau der Sozialtickets ein. Emissionsfreie Fahrzeuge,
265 kürzere Taktungen und kurze Übergänge im ÖPNV sowie konsequent barrierefreie Haltestellen sind
266 uns besonders wichtig.

267 Sichere Radverbindungen innerorts und zwischen den Ortschaften sollen dafür sorgen, dass kurze
268 Wege zunehmend auch mit dem Rad anstelle des Autos genutzt werden können. Das Radwegenetz
269 ist auch für eine aktive Freizeitgestaltung und das touristische Potenzial weiter auszubauen. Dazu
270 bedarf es einer umfassenden Abstimmung aller Träger der Radwege und eines koordinierten
271 Ausbaus.

272

273 **Ohne Moos nix los**

274

275 Ausreichende Einnahmen sind die Grundlage für die Arbeit in unseren Kommunen. Viele jedoch sind
276 nach wie vor unterfinanziert. Die derzeitigen geringfügigen Finanzierungsüberschüsse sind kein
277 Grund für eine Entwarnung. Sie reichen weder aus, die durch jahrzehntelange Kürzungen
278 abgebauten notwendigen kommunalen Leistungen den EinwohnerInnen wieder anzubieten, noch
279 reichen sie aus, die hohe Verschuldung in absehbarer Zeit abzubauen. Die Ursachen hierfür wurden
280 auf Bundes- und Landesebene gelegt. Die Kommunalpolitik muss das Spannungsverhältnis
281 zwischen berechtigten Erwartungen der EinwohnerInnen und den durch eine falsche Politik auf
282 anderen Ebenen gesetzten engen Grenzen aushalten. Das erfordert, vertretbare Prioritäten zu
283 setzen. Dabei haben wir die Interessen der Menschen vor Ort im Blick. Andererseits geben wir es
284 nicht auf, Kürzungen unseren Widerstand entgegenzusetzen, Öffentlichkeit herzustellen und den
285 Finger in die Wunde zu legen.

286 Die kommunalen Abgaben stehen seit 1991 im Brennpunkt vieler Auseinandersetzungen zwischen
287 den BürgerInnen und den Kommunen, Zweckverbänden, privaten Anbietern und Eigenbetrieben
288 oder Stadtwerken. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass kommunale Aufgaben durch kommunale
289 Träger erfüllt werden, die transparent arbeiten und sich dabei ihrer sozialen und ökologischen
290 Verantwortung bewusst sind.